

Widerstand gegen die ethnische Säuberung in Palästina!

Der „Konflikt“ in Israel-Palästina beruht von Anfang an auf Landraub und gewaltsamer Vertreibung sowie politischer und sozialer Unterdrückung der ansässigen palästinensischen Bevölkerung. Dies hatte mit der Katastrophe von 1948, der sogenannten Naqba, seinen ersten Höhepunkt erreicht. Inzwischen haben sich im besetzten Westjordanland 700 000 israelische Siedler das beste Land und die meisten Wasserquellen angeeignet. Das größte Freiluftgefängnis der Welt, der Gazastreifen, ist seit 16 Jahren völlig abgeriegelt.

Diese verheerende Unterdrückung rechtfertigt zwar *in keiner Weise* die Tötung und Geiselnahme von ZivilistInnen, wie dies am 7. Oktober geschehen ist. Aber es erklärt die Wut, die sich in der palästinensischen Bevölkerung angestaut hat. Inzwischen zeichnet sich im Westjordanland eine vergleichbar explosive Lage ab, wo allein seit dem 7. Oktober mehr als 210 PalästinenserInnen von Siedlern erschossen wurden. Der israelische Journalist Gideon Levi schrieb dazu am 16. 11. in Haaretz: „Zu Israels Feinden im Westjordanland gehören die Siedler, und die IDF tut nichts, um sie zu stoppen. Ihre Soldaten nehmen aktiv an Pogromen teil, misshandeln die Bewohner auf schändliche Weise, fotografieren und demütigen sie, töten und verhaften sie, zerstören Gedenkstätten. [...] All das gießt Öl ins Feuer und lässt die Spannungen eskalieren.“

Die rechtsradikale israelische Regierung gebietet den rassistischen Siedlern keinen Einhalt. Schlimmer noch: Sie will im Gazastreifen die ethnische Säuberung auf eine neue Stufe heben und alle Menschen aus diesem Gebiet vertreiben. Dazu wurden schon unzählige Häuser dem Erdboden gleichgemacht, Tausende Menschen getötet und Hunderttausende in den Süden des Gazastreifens vertrieben.

Die israelische Regierung lässt keine Zweifel aufkommen: Wenn alle Geiseln gegen palästinensische Gefangene ausgetauscht sind, soll das Bombardement weitergehen. In der israelischen Gesellschaft regen sich inzwischen zwar erste Stimmen, die eine Umkehr der israelischen Politik fordern, aber für eine Überwindung der gewaltigen Kluft zwischen der israelischen und der palästinensischen Bevölkerung wird es einer weitreichenden politischen und sozialen Umwälzung bedürfen, letztlich der Durchsetzung einer nicht-kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Schließlich ist eine *gleichberechtigte Koexistenz* verschiedener ethnischer Bevölkerungsgruppen nur auf der Basis sozialer Gleichheit möglich. Deshalb und wegen der Siedlungspolitik ist eine „Zwei-Staaten-Lösung“ vollkommen illusorisch.

Wir nehmen es nicht hin, dass Kritik an der israelischen Regierung als antisemitisch diffamiert wird. Die sogenannte Deutsche Staatsräson besteht darin, alles gutzuheißen, was die israelische Regierung tut. Damit läuft die Politik der deutschen Regierung, erst recht mit ihren Waffenlieferungen, auf eine Unterstützung der ethnischen Säuberung hinaus.



Ökosozialistische Initiative Mainz-Wiesbaden